

1

85

Union in Deutschland

Bonn, den 10. Januar 1985

Heiner Geißler: *Adenauer*

1985 – ein Jahr der Offensive

1985 ist für die CDU ein Jahr des programmatischen Fortschritts. Wir haben 1984 bei der Verabschiedung der Stuttgarter Leitsätze gezeigt, daß wir auch als Regierungspartei nicht programmatisch stehen bleiben, sondern als dynamische Kraft die Politik der Bundesregierung tragen, anregen und begleiten, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn.

In seiner Sitzung am 10. Dezember 1984 hat der Bundesvorstand entschieden, daß auf dem 33. Bundesparteitag in Essen (20. bis 22. März 1985) die Frauenpolitik Schwerpunktthema des Parteitages sein wird. Wie bereits bei dem Jugendparteitag 1981 in Hamburg wird auch der 33. Bundesparteitag ein offener Parteitag sein. Die CDU wird ca. 400 Frauen aus den Bereichen der Gesellschaft (Einrichtungen, Verbände, Fraueninitiativen, Frauenhäuser usw.) als sachverständige Diskussteilnehmer einladen. Ziel des Bundesparteitages ist es, vom Bundesvorstand eingebrachte Leitsätze zur Frauenpolitik zu verabschieden.

Themenschwerpunkte werden u. a. sein:

- Wandel der Lebensperspektiven und Lebensplanung von Frauen,
- Frauen in Beruf und Familie,
- Frauen im Berufsleben,
- Frauen in Politik und Gesellschaft.

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ **CDU**

Die Aussichten bei den kommenden Landtagswahlen sind gut
Seite 3

■ **AFGHANISTAN**

Fünf Jahre Krieg! Die Welt darf nicht schweigen
Seite 4

■ **KANZLER**

Wortlaut der Neujahrsansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl
Seite 5

■ **DEMOSKOPIE**

Die Deutschen sind wieder optimistischer
Seite 9

■ **GEMEINDEN**

Erstmals überstiegen die Einnahmen die Ausgaben
Seite 11

■ **KRIMINALITÄT**

Die Bekämpfung muß wirksamer werden
Seite 12

■ **ZIVILDIENTST**

Das neue Gesetz hat sich bewährt
Seite 15

■ **DOKUMENTATION**

Wortlaut der Reden von Helmut Kohl und Karl Carstens beim Empfang zum 70. Geburtstag des Bundespräsidenten a. D. im Bonner Konrad-Adenauer-Haus
grüner Teil

Folgende Gründe waren für die Entscheidung des CDU-Bundesvorstandes maßgeblich:

— Fast 53 Prozent der Wähler sind Frauen. Sie haben bisher in aller Regel (Ausnahme 1980) überdurchschnittlich CDU/CSU gewählt. So lag das Wahlergebnis der Union bei den Frauen bis 1969 um bis zu 10 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Danach hat sich diese Differenz auf 3 Punkte und weniger abgeflacht. Für die Zukunft kann von einem solchen „Frauen-Bonus“ nicht ohne weiteres ausgegangen werden.

— Der gesellschaftliche Wandel der letzten 20 Jahre hat vor allem die Frauen betroffen. „Nur-Hausfrauen“ gibt es heute praktisch gar nicht mehr. 93 Prozent aller Frauen sind heute zumindest eine Zeitlang berufstätig. Die Zahl der sog. „Singles“ erreicht in manchen Bundesländern 30 Prozent der Frauen im heiratsfähigen Alter. Auch die Zahl der „Einelternfamilien“ wächst. Es gibt davon fast eine Million mit Kindern unter 18 Jahren.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation beeinträchtigt die Chancen vieler Frauen und Mädchen in besonderer Weise. So sind zum Beispiel drei Viertel der jungen Menschen, die keine Lehrstelle finden, Mädchen. Neue Technologien werden vor allem in jene Bereiche vordringen, in denen die Arbeitsplätze von Frauen besetzt sind (Handel, Büro, Verwaltung).

— Die Erwartungen an das Leben haben sich bei den Frauen verändert. Für Frauen gibt es keine Alternative „Familie oder Erwerbstätigkeit“, für sie geht es um die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche. Die Frage der Vereinbarkeit ist zu einem Schlüsselproblem von Wahlfreiheit und Chancengleichheit für Frauen geworden. Dies gilt im besonderen Maße für jüngere Frauen.

— Das Vertrauen in die Politik ist gerade bei jungen Frauen von großer Skepsis geprägt. Thesen wie „die Politiker machen, was sie wollen, man kann denen nicht über den Weg trauen“ finden hohe Zustimmung (56 Prozent; Umfrage im Auftrag der Zeitschrift „Brigitte“ von 1982).

Vorbereitung des Bundesparteitages

Der Bundesvorstand legt dem Bundesparteitag zur Beratung und Verabschiedung Leitsätze vor, die von einer Fachkommission unter Leitung von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler vorbereitet werden.

Der Kommission gehören an:

Dr. Helga Wex, MdB

Dr. Renate Hellwig, MdB

Roswitha Verhülsdonk, MdB

Ministerin Barbara Schäfer, MdL, Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung, Stuttgart

Senator Ulf Fink, Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Berlin

Dr. Maria Herr-Beck, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt, Mainz

Barbara John

Prof. Dr. Ursula Lehr, Deutsche Gesellschaft für Gerontologie

Anette Busse

Prof. Wolfgang Gitter

Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen, Infratest Forschung München, Psychologisches Institut der Universität Zürich

Dr. Helga Stödter

Erwin Teufel, MdL

Dr. Dorothee Wilms, MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Irmgard Karwatzki, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld, MdL

Ingrid Roitzsch, MdB

Die Aussichten der CDU bei den kommenden Landtagswahlen sind gut

Die Aussichten, die Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen erfolgreich zu bestehen, sind gut. Diese Meinung vertrat Generalsekretär Heiner Geißler vor Journalisten in Bonn.

In Berlin liegt nach einer Emnid-Umfrage (September/Oktober 1984) die CDU mit weitem Abstand (46 Prozent) vor der SPD (35 Prozent). Die Zustimmung zu Eberhard Diepgen nimmt immer mehr zu:

Herbst 1983: 51 Prozent

Frühjahr 1984: 53 Prozent

Herbst 1984: 59 Prozent

Im Saarland wird die Wiederwahl der CDU/FDP-Regierung immer wahrscheinlicher. Nach einer IPOS-Umfrage vom Oktober 1984 liegt die CDU (43,9 Prozent) vor der SPD (43,4 Prozent).

Auch die Chancen in Nordrhein-Westfalen sind für die CDU nicht schlecht. Wenn auch hier die SPD noch leicht vor der CDU liegt (Emnid von Oktober 1984: CDU 42/43 Prozent, SPD 43/44 Prozent).

Zwar liegen die Umfrageergebnisse schon zwei Monate zurück. Aber in allen drei Ländern hat sich das Meinungsklima für die CDU weiter verbessert. Im Saarland haben die hessischen Ereignisse und die Bindung der SPD an Jo Leinen den Sozialdemokraten geschadet. In Berlin verliert nach fast einhelliger Meinung der Beobachter Hans Apel sowohl in der eigenen Partei als auch in der Bevölkerung weiter an Boden.

In Nordrhein-Westfalen muß man davon ausgehen, daß die SPD die absolute Mehrheit nicht mehr schafft. Sie braucht als Mehrheitsbeschaffer die Grünen. Bei dieser Wahl wird es vor allem darum gehen, ob in Nordrhein-Westfalen ein realistisches Programm der wirtschaftlichen Konsolidierung, bei dem eine CDU-geführte Landesregierung zusammen mit der Bundesregierung handelt, endlich verwirklicht werden kann, oder ob eine SPD-geführte Landesregierung sich in die Abhängigkeit der Grünen begibt. Wozu das führt, hat das Beispiel Hessen bewiesen.

Prof. Dr. Rita Süßmuth

Pastorin Gesa Conring

Irmgard Blätzel, Deutscher Gewerkschaftsbund

Hannelore Rönsch, MdB

Karin Renate Quessel

Gertrud Casel

Prof. C. Schmerl, Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung (IFF), Universität Bielefeld

Annemarie Schuster, Parlamentarische Staatssekretärin im Sozialministerium Kiel

Hiltrud Harborth, Sozialministerium Hannover

Zur weiteren Vorbereitung werden zwei Hearings durchgeführt:

am 29. Januar 1985 zum Thema „Frauen und neue Technologien“
und

am 25. Februar 1985 zum Thema „Frauenpolitik“

■ AFGHANISTAN

Fünf Jahre Krieg! Die Welt darf nicht schweigen

Zum fünften Mal hat sich am 27. Dezember 1984 der Tag geährt, an dem die Sowjetunion unter schwerer Verletzung grundlegender Normen des Völkerrechts in Afghanistan einfiel. Der Afghanistankrieg dauert damit bereits länger als der 1. Weltkrieg. Seither wehrt sich das tapfere afghanische Volk gegen die brutale Gewalt eines Unterdrückers, der unter Mißachtung aller Gebote des gutnachbarlichen Zusammenlebens militärische Überlegenheit zu politischer Expansion nutzt. Die Folgen für das afghanische Volk sind unermessliches Leid, Schaden an Leben und Gesundheit von Hunderttausenden, Zerstörung und Flucht von nahezu vier Millionen Afghanen aus ihrer Heimat.

Zu dem mit unveränderter Härte geführten Kampf der sowjetischen Eindringlinge in Afghanistan kann und darf die Welt nicht schweigen, erklärt Alois Meres, Staatsminister im Auswärtigen Amt. Das ungleiche Ringen zwischen einer nuklearen und konventionellen Supermacht auf der einen Seite und einem kleinen Volk der Dritten Welt auf der anderen Seite muß ein Ende finden.

Nach fünfjährigem Kampf sollte die Sowjetunion einsehen, daß es für Afghanistan keine militärische Lösung gibt, sondern nur den Weg einer politischen Lösung, wie sie von der Mehrzahl der Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zuletzt im November vorigen Jahres gefordert worden ist.

Die Welt wartet vergeblich auf Anzeichen der Bereitschaft der Sowjetunion, die auf den internationalen Beziehungen lastende afghanische Hypothek abzubauen. Was hindert Moskau, dem traditionell blockfreien Afghanistan seine Freiheit wiederzugeben, eine Freiheit, die es niemals zur Feindschaft gegen die benachbarte Sowjetunion benutzt hat?

Wir fordern heute erneut von der Sowjetunion den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan, die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes und die Wiederherstellung des unabhängigen und blockfreien Status Afghanistans. Es liegt im Interesse der Sowjetunion, der Weltöffentlichkeit zu verdeutlichen, daß elementare Grundsätze des internationalen Zusammenlebens wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Souveränität der Staaten, der Verzicht auf die Androhung oder gar Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen für alle und überall gelten. Afghanistan könnte ein Beispiel für den Willen der Sowjetunion sein, den Worten Taten folgen zu lassen ■

Transitautobahn in schlechtem Zustand

Die Eröffnung der neugebauten Grenzübergangsstelle zwischen Hessen und der DDR bei Herleshausen (Werra-Meißner-Kreis) und Wartha (Thüringen) und die dazugehörige Autobahnverbindung hat der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, als ein positives Datum für den Grenzverkehr bezeichnet. Bei einer Pressekonferenz kritisierte der Senator den schlechten Zustand der DDR-Autobahn zwischen Berlin und Hof. In Anbetracht einer jährlichen Transitspauschale von 525 Millionen Mark für die DDR „kann ein derartiger Zustand nicht länger hingenommen werden“, meinte Scholz.

■ NEUJAHRSSANSPRACHE

Helmut Kohl: 1984 war ein gutes und erfolgreiches Jahr

Bundeskanzler Helmut Kohl hielt zum Jahreswechsel 1984/85 über Rundfunk und Fernsehen am 31. Dezember 1984 folgende Ansprache:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Für uns alle, die wir heute im Familien- und Freundeskreis den Silvesterabend feiern, ist das ein Ausdruck der Hoffnung, der Zuversicht, der Freude am Leben. Es geht uns trotz aller Sorgen gut. Wir leben in Frieden. Wir leben in einem freien Land.

Das ist nicht selbstverständlich, und das war auch nicht immer so.

In diesen Stunden stehen wir an der Schwelle zum Jahr 1985. In wenigen Monaten, am 8. Mai, werden wir uns des Tages erinnern, an dem vor 40 Jahren der Zweite Weltkrieg endete. Wir werden uns an diesem Tag in Trauer und Selbstbesinnung an die Opfer eines verbrecherischen Regimes erinnern:

■ *an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur in den Gefängnissen und Vernichtungslagern des Dritten Reiches,*

■ *an das Leid und den Tod der Gefallenen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges,*

■ *an die Not und das Elend der Vertriebenen und Flüchtlinge*

■ *und an die Leiden der Männer, Frauen und Kinder in den zerstörten Städten und Dörfern in der Heimat.*

Damals, in der Stunde Null deutscher Geschichte, lag unser Land in Trümmern.

Und dennoch haben unzählige Männer und Frauen in jenen schweren Jahren ei-

nen neuen Anfang gewagt. Sie haben zugepackt. Mit Mut und Fleiß, im Glauben an die eigene Kraft und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft. Diese Generation hat unsere Bundesrepublik Deutschland geschaffen, sie hat die Lehre aus der Geschichte gezogen. Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat, unser Wohlstand, unser Ansehen in der Welt sind ihr Werk. Es waren in der Generation unserer Mütter vor allem viele Frauen, die ganz Außerordentliches geleistet haben.

Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 wird, ja muß unsere Nachdenklichkeit herausfordern.

Heute, 40 Jahre danach, sollte sie uns Anlaß sein, jenen zu danken, die im Angesicht der Katastrophe ihr „dennoch“ sagten und einen Lebensmut bewiesen, der uns Beispiel und Vorbild ist.

Gewiß — auch unsere Zukunft stellt uns vor große Herausforderungen. Sorge bereitet uns das Schicksal von über 2 Millionen Arbeitslosen. Wir sorgen uns um die Belastung unserer Umwelt, insbesondere um unsere Wälder, und in einer Welt voller Waffen und Konflikte müssen wir besorgt sein um den Frieden und um die Freiheit unseres Landes.

Gleichwohl gibt es keinen Grund für jenen trostlosen Pessimismus, der von manchen auch jetzt wieder verbreitet wird. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber. Der Mut, an eine bessere Zukunft zu glauben, wächst aus der Kraft, sich mit der Welt zu versöhnen, in der wir leben.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, 1984 war alles in allem ein gutes und in einigen Bereichen sogar ein besonders erfolgreiches Jahr. So kann ich heute eine positive Bilanz ziehen für die Außenpolitik ebenso wie für die wichtigsten Felder der Innenpolitik.

Das bedeutendste Ergebnis der Außen- und Sicherheitspolitik ist, daß die Gespräche zwischen Ost und West auch nach unserer Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluß nicht abgebrochen wurden. Die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihre klare Haltung in dieser Frage an Ansehen und Gewicht gewonnen. Gerade wir Deutsche haben unseren Beitrag zum Fortgang der Gespräche geleistet und für die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen geworben.

Inzwischen hat sich der von uns eingeschlagene Weg als richtig erwiesen.

Schon in wenigen Tagen werden sich die beiden Weltmächte in Genf wieder zu ernsthaften Gesprächen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung treffen.

Ich bin zuversichtlich, daß diese Verhandlungen uns unserem Ziel näher bringen: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

Gestärkt durch unsere klare Haltung in der Außen- und Sicherheitspolitik konnten wir unsere Gespräche und Verhandlungen mit der DDR fortsetzen.

Ihr erfreulichstes Ergebnis ist, daß in diesem Jahr fast 40000 unserer Landsleute aus der DDR zu uns übersiedeln konnten. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, sie bei uns aufzunehmen.

Trotz mancher Schwierigkeiten sind wir auch in den europäischen Angelegenheiten ein gutes Stück weitergekommen. Der Abbau von Grenzkontrollen an unseren Westgrenzen ist dabei mehr als nur ein

Symbol. Wir sind gemeinsam mit unseren französischen Freunden fest entschlossen, der Idee der europäischen Einigung im kommenden Jahr einen neuen, entscheidenden Impuls zu geben.

Gerade für uns Deutsche gibt es keine Alternative zur politischen Einigung Europas. Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil des Westens und muß es bleiben.

Positive Entwicklungen beobachten wir aber auch in anderen Teilen der Welt.

Der Aufschwung in den USA hat vor allem unserer exportorientierten Wirtschaft zur richtigen Zeit einen wichtigen Impuls gegeben.

Wir haben diese Chance nutzen können, weil wir auch im nationalen Bereich zu einer Kraftanstrengung fähig waren.

Wir leben nicht mehr über unsere Verhältnisse. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes macht Fortschritte. Wir haben endlich wieder Preisstabilität. Arbeitnehmer und Sparer erzielen wieder reale Einkommenszuwächse. Das Wirtschaftswachstum hat sich deutlich belebt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht die Chance für einen langen Aufschwung.

Viele Unternehmen erzielen wieder bessere Erträge. Sie können deshalb investieren, sie konnten Kurzarbeit abbauen und auch bereits wieder neue Arbeitsplätze schaffen.

So ist es gelungen, den noch vor zwei Jahren scheinbar unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen. Noch sind wir nicht über den Berg. Aber wenn wir den Kurs der Vernunft halten, haben wir eine gute Chance, dieses uns alle bedrückende Problem zu lösen.

Zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen haben wir in kurzer Frist für die drei wichtigsten Quellen der Umweltbelastung — für Kraftwerke, Industrieanla-

gen und für die Autos — die notwendigen Entscheidungen getroffen.

Ich bin zuversichtlich, daß es uns gelingt, Ökonomie und Ökologie zu versöhnen. Denn wenn wir unseren Rang als eine der führenden Industrienationen behaupten wollen, dann geht es beim Umweltschutz immer auch um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zu den besten Ergebnissen des jetzt zu Ende gehenden Jahres gehört der große Erfolg bei der Bereitstellung von über 740 000 Ausbildungsplätzen. Allen, die in praktischer Solidarität mit der jungen Generation dazu ihren Beitrag geleistet haben, möchte ich meinen Dank sagen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es geht wieder aufwärts in unserem Land. In vielen Bereichen ist zu spüren, daß die Deutschen die Herausforderung unserer Zeit mit neuem Mut und neuem Selbstvertrauen angenommen haben. Auf die Frage, ob sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder mit Befürchtungen entgegensehen, haben in diesen Tagen 55 Prozent der Befragten geantwortet: mit Hoffnung. So positiv haben sich die Menschen seit vielen Jahren nicht mehr geäußert.

Unsere Zuversicht ist nicht blind für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Auch nicht für die Not, die uns umgibt. Die Bereitschaft, anderen zu helfen, ist groß — gerade auch bei jungen Menschen, von denen sich gegenwärtig viele in der Hungerhilfe für Äthiopien engagieren.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich wende mich hier auch an unsere ausländischen Mitbürger: Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein friedvolles und ein glückliches Jahr 1985.

Ich grüße unsere Landsleute in der DDR.

Ich wünsche uns Gottes Segen für unser deutsches Vaterland. ■

Baden-Württemberg plant Medienerziehung in Schulen

Das Stuttgarter Kultusministerium will einen Modellversuch „Konzepte kritischer Medienarbeit — Wege schulischer Auseinandersetzung mit den Massenmedien“ starten. Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) erklärte dazu in Stuttgart, dabei sollten Beispiele erarbeitet werden, mit deren Hilfe in der Schule eine kritische Auseinandersetzung mit den Massenmedien praktiziert werden könne, um die Schüler in die Lage zu versetzen, die Medien „bewußt zu nutzen“. Der Schulversuch wird nach Angaben des Ministeriums alle Schularten berücksichtigen und soll noch in diesem Schuljahr mit praktischer Arbeit im Unterricht beginnen. Bis Februar würden acht Schulen ausgesucht, die an dem bis Ende 1988 geplanten Versuch teilnehmen sollten. Im Frühjahr sei dann ein Expertentreffen in Stuttgart geplant, bei dem auf der Grundlage der bereits vorhandenen Erkenntnisse ein Konzept erarbeitet werden solle, das in den ausgewählten Schulen praktisch erprobt und weiterentwickelt werde. Nach dem neuen Lehrplan in Baden-Württemberg wird Medienerziehung vor allem in den Fächern Deutsch, Gemeinschaftskunde, Musik, Bildende Kunst, Religion und Ethik erteilt.

Nur vier Lehrer wollten nach Simbabwe

Hundert beschäftigungslose junge Real- schullehrer aus Baden-Württemberg hatten die Chance, für drei Jahre in Simbabwe (Südostafrika) als Lehrer angestellt und nach Ablauf dieser Zeit in den baden-württembergischen Schuldienst übernommen zu werden. 432 arbeitslose Real- schullehrer mit der Fächerkombination Mathematik, Physik, Biologie, Englisch schrieb das Kultusministerium an. Aber nur vier haben die Chance wahrgenommen.

■ NRW-CDU

Landtagswahlprogramm setzt auf Zukunft und Aufschwung

Zum Entwurf des Landtagswahlprogramms der nordrhein-westfälischen CDU schreibt das Präsidiumsmitglied der CDU in Nordrhein-Westfalen und Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands, Bernhard Worms: Unser Entwurf für ein Landtagswahlprogramm 1985, der zur Zeit in allen Gliederungen der Partei diskutiert wird, trägt nicht umsonst den Titel: „Arbeit schaffen — Umwelt schützen — Aufschwung sichern: Die Zukunft gewinnen!“ Die CDU in Nordrhein-Westfalen setzt auf Zukunft und Freiheit.

Wir wollen eine Rückbesinnung auf die Fundamente der Marktwirtschaft und die Zusammenhänge zwischen Leisten und Verteilen. Wir wollen die Kräfte des Marktes mobilisieren, Freiräume schaffen, Blockaden lösen. Wir sind entschlossen, mit marktwirtschaftlichen Mitteln eine Offensive für eine neue Struktur- und Technologiepolitik einzuleiten. Für uns gilt: Hilfe zur Selbsthilfe, Transparenz schaffen, Bürokratie abbauen, Reserven erschließen.

Wir wissen, daß diese Politik eine soziale Politik ist. Ihre Wirkung ist Arbeit für alle, Abbau von Schulden, Zuwendung für die Hilfsbedürftigen und ein neuer Gemeinsinn in unserer Gesellschaft. Mit diesem Programm setzen wir unserem Land neue Ziele, zeigen den Weg, die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zu überwinden und vermitteln den Bürgern Vertrauen in eine bessere Zukunft. Wir haben in Bonn gezeigt, daß wir dies können. Ab

12. Mai 1985 muß gelten: „Bund und Land, Hand in Hand.“

Es kann nicht erwartet werden, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Aufschwung in den herkömmlichen Industrien des Landes überwunden wird. Es müssen vielmehr vielfältige Erwerbsmöglichkeiten in modernen, innovativen und neu zu gründenden Unternehmen geschaffen werden. Eine Voraussetzung für die Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen ist die Verfügbarkeit von Risikokapital. Hierzu sind in der Vergangenheit vielfältige Vorschläge gemacht worden, vor allem hinsichtlich einer verstärkten Beteiligung von Banken und Versicherungen.

Der Staat kann und soll Innovationen nicht verordnen. Er hat vielmehr die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu setzen, in denen sich Unternehmen im freien Spiel der Marktkräfte bewegen können. Von besonderer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen ist aber die überfällige Neuorientierung der gesamten Wirtschafts- und Technologieförderung.

Im Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr sowie des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung stehen erhebliche Geldmittel zur Verfügung, die für wirtschaftsfördernde Aktivitäten eingesetzt werden könnten. Diese Mittel müssen in einen besonderen Fonds, eine „Landesstrukturbank“, eingebracht werden. Das Personal dieser „Strukturbank“, die keine Geschäftsbank im eigentlichen Sinne, sondern eine Risikofinanzierungsbank sein soll, muß sowohl über wirtschaftliche und bankfachliche als auch über fundierte natur- und ingenieurwissenschaftliche Kenntnisse verfügen.

Ziel solcher Fonds ist es, Wissenschaftlern, Erfindern, „Tüftlern“ und ideenreichen Anwendern das erforderliche Kapital für die Entwicklung und Markteinführung erfolgversprechender Projekte zur Verfügung zu stellen und ihnen den Aufbau eines Unternehmens zu erleichtern.

■ DEMOSKOPIE

1985: Die Deutschen sind wieder optimistischer

Meinungsumfragen verschiedener Institute zwischen August und Dezember 1984 zeigen: Die Deutschen blicken wieder optimistischer in die Zukunft. Wie in jedem Jahr seit 1949 stellte Allensbach auch im Dezember 1984 die Frage: „Sehen Sie dem Jahr 1985 mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“

Seit 1978 gab es keine so optimistischen Antworten mehr: 55 % sehen dem Jahr 1985 mit Hoffnungen entgegen, 14 % mit Befürchtungen, 22 % mit Skepsis.

Und so waren die Zukunftsaussichten der Deutschen in den letzten Jahren der SPD-Regierung: 1980 blickten 34 %, 1981 nur 32 % „mit Hoffnungen“ ins neue Jahr.

Gelassenheit in der politischen Grundstimmung

„Finden Sie, daß die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland heute Anlaß zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?“ Seit dem Mai 1983 richtet Allensbach diese Frage an die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. In den Jahren davor war die gleiche Frage Bestandteil der regelmäßigen infas-Befragungen. Während des ganzen Jahres 1983 und auch noch bis zum Sommer 1984 überwogen die Antworten „bieten Anlaß“.

Eine angespannte, aufgeregte politische Stimmung hatte sich seit ihren Höhepunkten in den Jahren 1981 und 1982 festgesetzt. Nachdem nun die NATO-Nachrüstung konsequent entschieden, die atmo-

sphärischen Auswirkungen des Streiks überwunden und das Interesse an der „Parteispendenaffäre“ stark nachgelassen hat (nur noch 12 % nennen sie im Dezember als wichtigstes Ereignis; Oktober: 63 %) sieht erstmalig im Oktober und wesentlich deutlicher dann im November 1984 eine Mehrheit der Bevölkerung die allgemeine politische Lage entspannt. **53 % meinen, daß die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland keinen Anlaß zur Beunruhigung bieten.**

Auf die leicht abgewandelte EMNID-Frage, ob die politischen Verhältnisse Anlaß zur Beunruhigung geben, antworteten im gleichen Monat ebenfalls eine Mehrheit von 55 % „finde ich nicht“.

Günstige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

Diesen Zahlen entspricht der wachsende Anteil der Bevölkerung, der glaubt, seitdem Helmut Kohl Bundeskanzler ist, habe es einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben: im November 1984 meinten dies 47 %. Ein Jahr zuvor nur 33 %.

Im Vergleich zum Oktober 1983 geben die Bürger heute auch ein wesentlich günstigeres Urteil über die derzeitige wirtschaftliche Lage ab. Nur 8 % bewerteten sie seinerzeit mit „gut“. Im November 1984 waren es 19 %. Der höchste von EMNID gemessene Wert seit zwei Jahren.

Das Infratest-Institut gibt den Anteil derjenigen, die die allgemeine aktuelle Wirtschaftslage mit „sehr gut“ oder „gut“ bewerten im September 1984 mit 38 % an. Im

Durchschnitt des Jahres 1982 lag dieser Wert bei 19 %, im Jahr 1983 bei 24 %.

Die eigene wirtschaftliche Situation beurteilten im September 1984 69% der Befragten mit „sehr gut“ oder „gut“.

Dieser günstigeren Einschätzung der derzeitigen Wirtschaftslage entspricht der zunehmende Optimismus in der Bewertung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Eine EMNID-Umfrage Ende November ergab, daß 20% eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarten. 61% sehen keine besonderen Veränderungen voraus, nur 19% sind eher pessimistisch.

Koalition der Mitte vorne

In den November-Umfragen haben sich die Wähleranteile der Koalition der Mitte wieder normalisiert und liegen über 50%: 52,3% Mitte November bei Allensbach, 53% Anfang Dezember bei EMNID.

Der CDU/CSU-Wähleranteil schwankt dabei zwischen 46,5% im Monatsdurchschnitt bei EMNID (Anfang Dezember: 47%) und 48,4% gemessen bei Allensbach Mitte November.

Der FDP-Anteil liegt zwischen 6% bei EMNID und 6,5% (unter Berücksichtigung der Splittingmöglichkeit) bei Allensbach.

Der SPD-Wert im November 1984 überspringt bei keinem Institut die 40%-Marke. Er schwankt zwischen 38% (EMNID) und 37,4% (Allensbach). Anfang Dezember liegt er bei EMNID bei 36%.

Die Grünen haben zwischenzeitliche Gewinne wieder abgebaut und erreichen bei Allensbach 9,8% und bei EMNID 10%.

Günstiges Meinungsklima für die CDU/CSU

Die Frage zur Ermittlung des Meinungsklimas gegenüber den Parteien: „Was glauben Sie, gefällt den meisten Leuten bei uns in der Bundesrepublik im Augenblick die CDU/CSU gut, oder glauben Sie das nicht?“ gibt Aufschluß über die Bereit-

schaft insbesondere auch der eigenen Parteianhänger sich zu ihrer Partei zu bekennen und für sie einzusetzen.

Im August 1984 glaubten nur 34% der Gesamtbevölkerung, daß die CDU/CSU den meisten Leuten gut gefällt. Auch die CDU/CSU-Anhänger konnten sich im August nur zu 51% zu diesem Votum entschließen.

Die November-Werte zeigen eine Verbesserung: 37% der Gesamtbevölkerung und 56% der CDU/CSU-Parteianhänger gaben an, den meisten Leuten gefalle die CDU/CSU gut. Nur 28% bzw. 14% glaubten dies nicht.

Während die Union somit ein deutliches Übergewicht der positiven Urteile vorweisen kann, muß sich die SPD weiterhin mit einer negativen Bilanz bescheiden. Nur 25% der Wähler findet, die SPD gefalle derzeit den meisten Leuten gut. 37% glauben dies nicht. In der SPD-Anhängerschaft sind es 41% bzw. 23%.

Gute Noten für die Bundesregierung

Von Allensbach wurden im November 1984 die Urteile der Bundesbürger über die Außenpolitik der Bundesregierung, ihre Verteidigungs- und Bündnispolitik und über die Wirtschafts- und Sozialpolitik ermittelt.

In allen drei Politikbereichen schneidet die Bundesregierung heute besser ab als in der vorangegangenen Erhebung vom Januar 1984.

Über die Außenpolitik der Bundesregierung gaben im Januar 1984 58% der Bevölkerung positive Urteile ab, Ende November 1984 62%. Die Verteidigungs- und Bündnispolitik wurde im Januar von 47% positiv beurteilt, im November von 55%. Die Akzeptanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik stieg von Januar 1984 von 43% auf 49% im November 1984.

■ GEMEINDEFINANZEN

Erstmals überstiegen die Einnahmen die Ausgaben

Das Jahr 1984 war für die Kommunen insgesamt ein gutes Jahr. Die Bundesregierung Helmut Kohl ist ihrer Mitverantwortung für die Kommunen gerecht geworden. Die von der Bundesregierung konsequent verfolgte Politik der Wirtschaftsbelebung und Haushaltskonsolidierung hat sich für die Kommunen ausgezahlt. Erste Maßnahmen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung entlasten auch die Kommunen.

Die Erfolge dieser Politik sind sichtbar: Die Finanzlage der Kommunen hat sich im Jahre 1984 verbessert.

— Die Gesamteinnahmen der Kommunen stiegen in den ersten drei Quartalen des Jahres 1984 deutlich stärker (+3,6 v.H.) als die Gesamtausgaben (+1,4 v.H.).

— Die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes führte zu einem weit überproportionalen Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen (+7,0 v.H. in den ersten 9 Monaten des Jahres 1984).

— Die zielstrebige Konsolidierungspolitik des Bundes trug zusammen mit den eigenen Sparbemühungen der Kommunen nachhaltig zu dem nur geringen Anstieg der Ausgaben bei. Dies wird insbesondere bei den Aufwendungen für das Personal (nur +1,4 v.H.) und den gesunkenen Zinsausgaben (—3,0 v.H.) deutlich.

— Die Kommunen werden als Folge dieser Entwicklung im Jahre 1984 voraussichtlich erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland einen **positiven** Finanzie-

rungssaldo haben, d. h., ihre Einnahmen werden höher sein als ihre Ausgaben.

Welcher Umschwung in der Finanzlage der Gemeinden insgesamt eingetreten ist, zeigt die Entwicklung des Finanzierungssaldos in den letzten vier Jahren. Im Jahre 1981 hatten die Kommunen mit —10,1 Milliarden DM das höchste Finanzierungsdefizit seit 1949. Im Jahre 1983 betrug das Finanzierungsdefizit nur noch 1,2 Milliarden DM. Für 1984 wird es kein Finanzierungsdefizit der Gemeinden geben.

— Eine bedeutsame Aufgabe bleibt die Belebung der kommunalen Investitionstätigkeit. Nach den Ergebnissen der ersten drei Quartale des Jahres 1984 konnte der Rückgang der kommunalen Investitionen zwar weiter gebremst werden, jedoch brauchen die kommunalen Investitionen weitere positive Impulse, weil sie oft auch Voraussetzung für private Investitionen sind.

Die Bundesregierung hat im Dezember 1984 den Entwurf eines Ersten Rechtsbereinigungsgesetzes beschlossen und den Ersten Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung verabschiedet. Der Bericht nennt 144 bereits verwirklichte oder vor der Realisierung stehende Vereinfachungsmaßnahmen, wovon eine Reihe auch die Kommunen entlasten werden. Beispielsweise sind zu nennen der Verzicht auf die regelmäßige Einholung von Führungszeugnissen bei der Erteilung von Führerscheinen oder die geplante Verein-

fachung und Zusammenfassung der Vorschriften über Planen und Bauen in einem neuen Baugesetzbuch.

Die bisherige positive Entwicklung und die günstige Konjunkturprognose des Sachverständigenrates lassen optimistisch in das Jahr 1985 blicken:

— Das zu erwartende Wirtschaftswachstum wird auch die kommunale Finanzsituation weiter verbessern.

— Die maßvollen Tarif- und Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst werden zu keiner untragbaren Belastung der kommunalen Haushalte führen.

— Durch die insgesamt positive Finanzentwicklung werden zahlreiche Kommunen wieder in die Lage versetzt, verstärkt zu investieren. Die Kommunen sollten diesen neuen Spielraum nutzen und bisher zurückgestellte Investitionen in Angriff nehmen, z. B. im Umweltschutz und für die Stadt- und Dorferneuerung. Es ist davon auszugehen, daß es in diesem Jahr zu einem deutlichen Wiederanstieg der gemeindlichen Investitionen kommt.

— Der prognostizierte leichte Rückgang der Zahl der Arbeitslosen sowie die zum 1. Januar 1985 wirksam gewordene Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer von 12 auf 18 Monate und die Wiedergewährung von Kindergeld an arbeitslose Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren werden die Kommunen im Bereich der Sozialhilfe entlasten.

Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung werden auch im Interesse der Kommunen ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung bleiben. Hierbei fällt für die Kommunen die von der Bundesregierung für 1985 angestrebte Verabschiedung des Entwurfs eines Baugesetzbuchs besonders ins Gewicht.

■ KRIMINALITÄT

Die Bekämpfung muß wirksamer werden

1984 haben extremistische Täter 225 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt. Zu diesen terroristischen Taten kommen über 500 politisch motivierte Sabotagehandlungen gegen Einrichtungen der Bundeswehr und der NATO. Die Schäden aus den terroristischen Anschlägen der 2. Dezemberhälfte 1984 allein betragen mindestens 11 Mio. DM.

Die Entwicklung der gesamten Kriminalität und einzelner Deliktgruppen, z. B. der Rauschgiftkriminalität, bleibt bedrohlich. Trotz eines Rückgangs der Zahl von Toten durch Drogenmißbrauch 1984 sind der Anstieg der Rauschgiftkriminalität und die vermehrte Beschlagnahme von Rauschgift besorgniserregend. Diese Beispiele zeigen, daß der Kampf gegen die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltiger und wirksamer geführt werden muß, stellt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl Dieter Spranger, fest. Der Staat braucht aber auch die notwendigen repressiven Mittel zum Kampf gegen Kriminalität, politische Gewalt und Terrorismus. Deshalb dürfen Datenschutzregelungen polizeiliche Kompetenzen nicht beeinträchtigen. Die politische Verharmlosung der Gefahren von Kriminalität und politischem Terrorismus ist eine Nichtachtung des Vertrauens der Bürger auf den Schutz von Recht und Frieden in unserer Gesellschaft.

Für den Kampf gegen neue Formen des Verbrechens, z. B. gegen organisierte Kriminalität, müssen neue effektive Mittel gefunden und angewandt werden. Für den Kampf gegen Rauschgiftkriminalität bereitet der Bundesminister des Innern eine neue Abwehrinitiative vor.

■ BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Die Nachrüstung ist verfassungsgemäß Klare Absage an die GRÜNEN

Das Bundesverfassungsgericht hat die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern im Rahmen der von den Außen- und Verteidigungsministern der NATO am 12. Dezember 1979 beschlossenen Nachrüstung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsrechtlich unbedenklich erklärt.

Die Bundesregierung habe die Rechte des Bundestages nicht dadurch verletzt, daß sie ohne ein förmliches Gesetz dieser Nachrüstung zugestimmt habe. Mit dieser Entscheidung wies der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts am 18. Dezember 1984 eine entsprechende Organklage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN zurück. Nach Auffassung der GRÜNEN hätte die Nachrüstung eines Gesetzes bedurft, weil es sich um eine wesentliche Veränderung des Inhalts des NATO-Vertrages und des Stationierungsvertrages (beide von 1955) handele. Das Grundgesetz fordere eine Mitwirkung des Gesetzgebers bei „politischen Verträgen“, und um einen solchen handele es sich faktisch bei der Nachrüstung.

In dem in Karlsruhe mündlich vom BVG-Präsidenten Prof. Dr. Wolfgang Zeidler vorgetragenen Urteil (Aktenzeichen 2 BvE 13/83), das 132 Seiten umfaßt und zu dem es ein umfangreiches Sondervotum des Richters Mahrenholz gibt, heißt es, der

Antrag der GRÜNEN sei „unbegründet“. Die dem Bundestag nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 und Art. 24 Abs. 1 GG zustehenden Kompetenzen seien durch diesen Beschluß der Regierung „nicht verletzt oder gefährdet“ worden.

Das höchste deutsche Gericht erklärte, die Zustimmung der Bundesregierung zur Nachrüstung sei keine „selbständige Vertragsabschlußerklärung“; sie gehöre in den Vollzug des Sicherheitsbedürfnisses. Erklärungen der in Rede stehenden Art „bedürfen . . . nicht der Zustimmung oder Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes“. Das Bundesverfassungsgericht weist darauf, daß die „Begrenzung der den gesetzgebenden Körperschaften durch diese Vorschrift eingeräumten Mitwirkungsbefugnisse bei der staatlichen Willensbildung“ gerade ein „Element der Gewaltenteilung“ sei. Eine „Erweiterung dieser Befugnisse“ auf andere als die im Art. 59 Abs. 2 Satz 1 genannten Akte wäre ein „Einbruch in zentrale Gestaltungsbe- reiche der Exekutive“.

„Die grundsätzliche Zuordnung der Akte des auswärtigen Verkehrs zum Kompetenzbereich der Exekutive“ beruhe „auf der Annahme, daß institutionell und auf Dauer typischerweise allein die Regierung in hinreichendem Maße über die personellen, sachlichen und organisatorischen Möglichkeiten verfügt, auf wechselnde äußere Lagen zügig und sachgerecht zu reagieren und so die staatliche Aufgabe, die

auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich wahrzunehmen, bestmöglich zu erfüllen", heißt es in der Entscheidung. Wenn die Außenpolitik von Entscheidungen des Gesetzgebers abhängig gemacht werde, liefe das „dem derzeit vom Grundgesetz normierten Gefüge der Verteilung von Macht, Verantwortung und Kontrolle zuwider“. Es komme zu einer unerwünschten „Konzentration politischer Macht“ beim Bundestag, ja zu einem „aus dem Demokratieprinzip fälschlich abgeleiteten Gewaltmonismus in Form eines allumfassenden Parlamentsvorbehalts“.

Das BVG teilte auch nicht die Auffassung der GRÜNEN, daß durch die Zustimmung zur Stationierung neuer Raketen Rechte des Bundestages „verletzt oder gefährdet worden seien“, wonach die „Übertragung von Hoheitsrechten“ auf zwischenstaatliche Einrichtungen nur durch Gesetz erfolgen könne. Nach Art. 24 Abs. 1 GG habe der „Gesetzgeber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang“ Hoheitsrechte übertragen würden. In diesem Fall sei diesem Erfordernis bereits durch die „Zustimmungsgesetze zum Nordatlantik-Vertrag“ von 1955 und zum Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland Genüge getan.

Mit seinem Urteil bescheinigte das höchste deutsche Gericht der Bundesregierung, verfassungsgerecht gehandelt zu haben. Das Urteil hat die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung im sicherheitspolitischen Bereich gestärkt und ist auch für das Bündnis von Bedeutung. Zugleich ist das Urteil eine klare Absage an das Demokratieverständnis der GRÜNEN und der sogenannten Friedensbewegung und eine deutliche Mahnung, die Spielregeln unseres demokratischen Rechtsstaates zu achten. ■

Anhebung der Ausbildungs-freibeträge hilft den Familien

Die beabsichtigte Anhebung der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge hat Frau Bundesminister Dorothee Wilms nachdrücklich begrüßt: „Durch diese Nachbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs werden die Eltern von rd. 1,4 Millionen Studenten, Schülern und Lehrlingen begünstigt. Zusammen mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages auf 2484,— DM und dem bestehenden Kindergeld stellt dies eine Entlastung von Familien für die Ausbildung der Kinder in einem bisher noch nicht erreichten Ausmaß dar.“

Der vom Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1984 beschlossene Entwurf für ein „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie“ (Steuersenkungsgesetz) sieht im einzelnen folgende Erhöhungen vom 1. Januar 1986 an vor:

- für einen auswärts untergebrachten Auszubildenden vor Vollendung des 18. Lebensjahres ein Ausbildungsfreibetrag von 1200,— DM statt derzeit 900,— DM,
- für einen zu Hause wohnenden Auszubildenden ab Vollendung des 18. Lebensjahres ein Ausbildungsfreibetrag von 1800,— DM statt derzeit 1200,— DM,
- für einen auswärts wohnenden Auszubildenden ab Vollendung des 18. Lebensjahres ein Ausbildungsfreibetrag von 3000,— DM statt derzeit 2100,— DM.

Für Filme über Umwelt

Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Weirich, hat die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufgefordert, regelmäßig Kurzfilme über den Umweltschutz auszustrahlen. Vorbild für derartige Sendungen, die den Bürger zu stärkerem Umweltbewußtsein anregen sollten, könnten die Serien „Der 7. Sinn“ und „Die Kriminalpolizei rät“ sein.

WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

Das neue Gesetz hat sich rechtlich und in der Praxis bewährt

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetzes kann die Bundesregierung in einer ersten Zwischenbilanz darauf verweisen, daß sich das neue Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen bewährt hat.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes ist die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Vergleich zum Jahr 1982 um etwa 25 Prozent, im Vergleich zum Jahr 1983 um etwa 35 Prozent zurückgegangen (1982 = 59776; 1983 = 68334; hochgerechnet für das Jahr 1984 = 44800). Dauer und Ausgestaltung des Zivildienstes sind zu einer echten Probe auf die Ernsthaftigkeit der behaupteten Gewissensentscheidung geworden.

Die Dauer des schriftlichen Anerkennungsverfahrens für ungediente Antragsteller ist im Vergleich zum alten mündlichen Verfahren drastisch reduziert worden. Beim Bundesamt für den Zivildienst werden vollständige Anträge innerhalb von zwei Wochen bearbeitet. Vor der Neuregelung mußten die Antragsteller vielfach Wartezeiten von mehreren Jahren hinnehmen. Die Ausbildungs-, Berufs- und Lebensplanung der Antragsteller wird durch das neue, rasche Verfahren erheblich erleichtert.

Der in den vergangenen Jahren entstandene Antragsstau konnte 1984 erstmalig deutlich vermindert werden; am 31. Dezember 1983 waren 101315 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung noch nicht ab-

schließend entschieden, bereits am 30. September 1984 war diese Zahl auf 77419 gesunken. **Ende 1986 wird der Antragsstau bei den Ausschüssen und Kammern für Kriegsdienstverweigerung endgültig beseitigt sein.**

Das Bundesamt für den Zivildienst hat die neue Aufgabe der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern in kürzester Zeit angenommen und hervorragend bewältigt. Bis Ende 1984 waren bereits 23929 Anerkennungen ausgesprochen. Nur 63 Antragsteller mußten abgelehnt werden, weil sie keine vom Grundgesetz geschützten Gewissensgründe für sich selbst in Anspruch nahmen. Lediglich in zwei Fällen wurde ein Antrag an den Ausschluß verwiesen.

1014 Antragsteller vervollständigten ihren Antrag trotz mehrfacher Aufforderung nicht und konnten daher keine Anerkennung erlangen. 1171 Anträge mußten wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen werden. Auf diese Antragsteller kam gar kein Wehrdienst zu, deshalb bestand kein Rechtsschutzinteresse an der Durchführung ihrer Anerkennungsverfahren.

Die Zahl der Zivildienstplätze konnte im Jahr 1984 wie geplant auf über 60000 erhöht werden. Die Zahl der Zivildienstleistenden ist im Jahr 1984 um 10 Prozent bis auf 44000 (November) gestiegen. In den folgenden Jahren werden wir den Zivildienst ausweiten auf bis zu 80000 Plätze bis Ende 1986. Dadurch wird sichergestellt, daß auch in Zukunft alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer ohne Wartezeiten einberufen werden können, erklärte Bundesminister Geißler in Bonn.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITAT

Optimismus

Die Bürger unseres Landes sind optimistisch gestimmt. Die Kurve derer, die nach der traditionellen Allensbacher Umfrage dem neuen Jahr „mit Hoffnungen“ entgegensehen, ist diesmal steil emporgestiegen.

Übrigens — seit Helmut Kohl regiert, verbesserte sich die Stimmung von Jahr zu Jahr. Zu Beginn des Jahres 1985 stehen Optimisten und Pessimisten im Verhältnis 55 zu 14.

Einen besonderen Akzent erhalten die Zahlen, wenn man weiß, daß die Jugendlichen in ihrer hoffnungsfrohen Stimmung über dem Optimismus der Erwachsenen liegen.

Hier zeigt sich eine gewisse Parallele zu den Vereinigten Staaten. Dort haben die Jugendlichen zu 61 v.H. Ronald Reagan gewählt, ein höherer Prozentsatz als die Wähler in ihrer Gesamtheit.

Das Stimmungsbild überrascht selbst die Meinungsforscher. Es steht so schroff im Gegensatz zu dem Bild, das uns die Medien, vor allem die farbigen, bewegten Bilder auf dem TV-Schirm Tag für Tag und Abend für Abend zeichnen. Flick, Kiefling, Graf Lambsdorff, gescheiterte Amnestie, Honeckers Besuchsabsage,

neue Raketen — das waren die Themen des Tages.

Noch schlimmer steht es mit unserer Umwelt. Wir werden täglich von neuem vergiftet. Die Industrie arbeitet nur für den eigenen Profit und versieht alles, was sie produziert, mit Krebsregern. Die Jugendlichen bekommen keine Ausbildungsplätze, die Arbeitslosen sind die Außenseiter der Nation, um die sich keine Regierung kümmert.

So sah die Bundesrepublik Deutschland im Orwell-Jahr aus, und so geht sie in das „Jahr der Jugend“, wie es von den Vereinten Nationen proklamiert wurde. Sah sie wirklich so aus?

Über den Unterschied zwischen dem Medienbild dieser Republik und der Wirklichkeit sollten die Medienmacher nachdenken. Der Anlaß ist doppelt gegeben.

Einmal im Widerspruch der Angstpsychose, die unsere Medienmacher verbreiten, zu den Tatsachen. Sie schildern uns eine andere Republik, sie suggerieren uns eine andere Welt. Zum anderen hat ein neues Medienzeitalter in diesen Wochen begonnen. Es gibt jetzt nicht nur das staatlich geschützte Fernsehen, es gibt jetzt die private Konkurrenz.

Daß es im Augenblick nur eine winzige Minderheit ist, die von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen kann, gibt den pensionsberechtigten „Propheten der Apokalypse“ noch eine Schonfrist, ihre Fehler zu erkennen und abzustellen.

Kölnische Rundschau, 7. Januar 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud